

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Saskia Buschmann (CDU)

Schutz der kommunalen Demokratie in Niedersachsen - Wie geht die Landesregierung mit Bedrohungslagen gegenüber Mandatsträgern um?

Anfrage der Abgeordneten Saskia Buschmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 10.07.2025

Kommunale Mandatsträgerinnen und -träger wirken aktiv an der demokratischen Selbstverwaltung mit. In den vergangenen Jahren ist laut offiziellen Statistiken eine Zunahme an Übergriffen, Bedrohungen und psychischer Belastung infolge politisch motivierter Angriffe zu verzeichnen. Auch digitale Kommunikationsräume dienen zunehmend der Diffamierung und Einschüchterung lokal engagierter Personen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie mehrere Innenministerien haben wiederholt auf diese Entwicklungen hingewiesen.¹

Gleichzeitig sehen Experten die Herausforderung, legitime politische Auseinandersetzung von demokratiegefährdendem Extremismus sowie agitatorischem Populismus zu unterscheiden. Die öffentliche Hand steht hierbei in der Verantwortung, sowohl den Schutz Einzelner zu gewährleisten als auch die Integrität demokratischer Institutionen auf der kommunalen Ebene zu sichern.²

1. Wie viele Fälle politisch motivierter Kriminalität gegen kommunale Mandatsträgerinnen und -träger wurden in Niedersachsen in den Jahren 2019 bis 2024 erfasst, aufgeschlüsselt nach Phänomenbereichen (PMK links, PMK rechts, PMK ausländische Ideologie, PMK religiöse Ideologie, PMK nicht zuzuordnen)?
2. Welche Daten liegen der Landesregierung über die Nutzung digitaler Kanäle (z. B. soziale Medien, E-Mail, Foren) gegebenenfalls zum Thema Einschüchterung kommunaler Mandatsträgerinnen und -träger vor, und wie bewertet sie deren sicherheitsrelevante Bedeutung?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung gegebenenfalls zur Verteilung der betroffenen Fälle nach Funktionsträgergruppen (z. B. Bürgermeisterinnen und -meister, Ratsmitglieder, Landrätinnen und -räte) und zur regionalen Häufung?
4. Welche konkreten Schutzmaßnahmen bietet das Land kommunalen Mandatsträgerinnen und -trägern präventiv oder im Gefährdungsfall an - insbesondere in Zusammenarbeit mit der Polizei, Verfassungsschutz und Sicherheitsberatungsstellen?
5. Wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden, Sicherheitsorganen und zivilgesellschaftlichen Organisationen beim Schutz betroffener Mandatsträgerinnen und -träger in Niedersachsen?
6. Welche Fortbildungs- oder Informationsangebote bestehen gegebenenfalls für kommunale Mandatsträgerinnen und -träger zur Sensibilisierung im Umgang mit Bedrohungslagen und politischem Extremismus?
7. In welcher Weise unterstützt die Landesregierung gegebenenfalls kommunale Spitzenverbände, Fraktionen und Gremien beim Aufbau interner Schutz-, Unterstützungs- und Reaktionsstrukturen?

¹ vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2022, S. 219ff. sowie BMI: Lagebild „Politisch motivierte Gewalt gegen Mandatsträger“, 2023

² Drucksache 19/727 - Antwort auf die Kleine Anfrage „Schutz von Mandatsträgern vor Hasskriminalität“

8. Welche konzeptionellen oder praktischen Leitlinien verfolgt die Landesregierung bei der Differenzierung zwischen legitimer demokratischer Kritik und demokratiefeindlicher Agitation im kommunalpolitischen Raum?
9. Inwieweit werden zivilgesellschaftliche oder wissenschaftliche Einrichtungen in die Evaluation der politischen Kommunikation und Gewaltpotenziale auf kommunaler Ebene eingebunden?
10. Welche Formate nutzt oder plant die Landesregierung gegebenenfalls zur öffentlichen Kommunikation über die Bedrohungslagen für kommunale Mandatsträgerinnen und -träger, um das Vertrauen in die Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken?

(Verteilt am 15.07.2025)